

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Erlangerinnen und Erlanger, für uns als Erlanger Linke ist klar, dass wir zu Beginn der ersten Sitzung des neuen Stadtrats zuallererst mal Danke sagen. Ich danke ganz persönlich natürlich meiner Fraktion, dass sie mir das Vertrauen geschenkt hat, dass ich jetzt heute hier vorne sitzen darf. Ich danke, wir danken allen Aktiven in der Erlanger Linken, allen Sympathisantinnen, die mit uns diesen Wahlkampf bestritten haben. Aber der größte Dank, der muss natürlich an die Wählerinnen und Wähler gehen in unserer Situation, die uns sowohl relativ als auch absolut die größten Zugewinne bei dieser Wahl beschert haben. Es waren diesmal etwa - es ist bei Kommunalwahlen ja immer etwas schwierig zu zählen - etwa 5000 Wählerinnen und Wähler und eigentlich würde ich mich ganz gerne bei jedem Einzelnen bedanken. Es gilt allerdings das Wahlgeheimnis. Wir haben jetzt in diesem Stadtrat etwa 20 neu gewählte Stadträtinnen und Stadträte. Das ist gut, weil die kennen meine Grundsatzklärungen ja noch nicht. Deswegen ist es für die nicht ganz so langweilig, wenn ich mich wiederhole. Ich wiederhole jetzt auch gleich was, aber nicht nur von mir, sondern auch aus dem Koalitionsvertrag. Dort steht: Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit. Und das finde ich genau richtig. Ich glaube, entweder so oder sachgleich hat es der neue Oberbürgermeister ja auch in seiner Eröffnungsrede gesagt. Ich finde, das wird aber gleich schon wieder halb durchgestrichen. Wenn ich sage, das ist die soziale Frage unserer Zeit, aber es ist ein kurzer Absatz unter Punkt 7, dann bedeutet es entweder, dass man seinen Satz nicht ernst nimmt oder dass man grundsätzlich soziale Fragen nicht ganz oben sieht. Wir freuen uns natürlich. Das kann jeder nebeneinander legen, dass ein paar wenige Punkte aus unserem Programm in der Frage auch übernommen wurden im Wohnkapitel. Es zeigt ja ein bisschen was verändert sich auch, wenn man links wählt. Ich finde aber zentrale Weichenstellungen, um diese zentrale Frage zu beantworten, die fehlen. Gerade bei dem Konsolidierungsdruck, den es in der Stadt Erlangen gerade gibt, hätte ich mir gewünscht, dass diese Koalition gleich von Anfang an sagt, dass es weder eine Teil- noch eine vollständige Privatisierung der GEWOBAU geben soll. Ich glaube, es würde einfach Sicherheit in der Stadtgesellschaft geben, wenn man das klipp und klar reinschreibt. Ich finde die Frage großer städtisch finanzierter Wohnungsbauprojekte, die ist natürlich gerade schwierig. Aber in der Erhöhung der Sozialwohnungsquote in Vertrauen auf die bayerische Staatsregierung wäre durchaus möglich gewesen. Dann schreiben Sie: Bei überhöhten Mieten wollen Sie an Beratungs- und Hilfsstellen verweisen. Da geht es ja, überhöhte Mieten, das ist ja ein Rechtsbegriff. Da geht es um rechtswidrige Mieten, rechtswidrig hoch. Da an Hilfsstellen weiter zu verweisen, wo es originäre Aufgabe der öffentlichen Hand wäre, Recht und Gesetz durchzusetzen, das ist einfach nicht adäquat. Und deswegen, also bei diesem Vertrag, ich will nicht alles daran schlechtreden, das ist so ein typisches Politiker Ding in der Opposition, aber was der Anspruch, mit dem wir in den Wahlkampf gegangen sind, dass wir sagen, bezahlbares Wohnen muss oberste Priorität sein, sehen wir darin nicht wiedergegeben. Dann, man muss was zum Haushalt sagen, ist ja klar. Es gilt, es gibt immer viele Probleme für Haushaltskrisen. Dieses nicht eingehaltene Konnexitätsprinzip, dass man sagt, wenn Bund, wenn Land eine Aufgabe beschließt, muss sie auch die vollständigen Kosten übernehmen, darüber schimpfen hier alle. Das kann man in jeder Haushaltsrede

schon mehrfach nachhören. Es ist auch immer richtig, jede Fraktion sagt das richtig. Ich sage es auch nicht besser. Ich will jetzt nur zu bedenken geben: Also der Stadtteilbeirat Innenstadt ist noch nicht konstituiert, aber in der Stadtregierung, in der Bezirksregierung, in der Landesregierung, in der Bundesregierung und selbst in der EU-Kommission haben CDU/CSU die führende politische Verantwortung, also auf allen politischen Ebenen. Deswegen fände ich es jetzt, also zunehmend wird es als Ausrede dann auch ein bisschen billiger, wenn man überall die Verantwortung trägt und sich dann darüber beklagt, was in den anderen Ebenen passiert. Jetzt in Erlangen ist es natürlich besonders verschärft. Ich glaube, inzwischen ist es schon gelungen. Ich muss jetzt nicht mehr herunterbeten, wie dieser Gewerbesteuerbruch zustande gekommen ist. Wir sind weiterhin der Meinung, dass es ein Skandal ist, dass die Bundesregierung es zulässt, dass man sogar innerdeutsch kommunale Steueroasen zulässt. Also wenn das international andere Länder machen, auf die man keinen Zugriff hat, ist das ja die eine Sache. Aber dass diese Bundesregierung und ja auch die vorherigen Bundesregierungen das innerdeutsch sogar zulassen, auf die Art und Weise ein reales Ausleben der kommunalen Selbstverwaltung so zu untergraben, ist mir weiterhin nicht im Kopf. Ich habe schon die anderen politischen Ebenen angesprochen. Aktuell liegt im Deutschen Bundestag einen Antrag der Linksfraktion auf, der sicher nicht auf Konsenszustimmung im Bundestag treffen wird, aber glaube ich die Erlanger Finanzprobleme durchaus lösen würde. Mit einer Übernahme der Mindesthebesatzforderung des Deutschen Städtetags und vor allem auch mit einer Hinzuberechnung von Lizenzgebühren in die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer, ist jetzt sehr technisch, bedeutet aber letztlich, dass man diese Steuersparmodelle, diese aktuell legalen Steuersparmodelle, die Erlangen so in den Ruin getrieben hat, austrocknen würde. Und ich kann Sie ja alle nur anrufen, Sie haben sicher Handynummern Ihrer Kolleginnen und Kollegen in Berlin, rufen Sie doch einfach mal an! Man darf natürlich immer gerne unseren Anträgen zustimmen, werden Sie aber eh nicht machen. Deswegen würde ich Sie raten, einen noch besseren Antrag einzubringen, weil ich gehe davon aus, Sie können es besser als die Linken. Machen Sie es doch einfach. Gehen wir mal eins runter. Der Kollege Dr. Dees hat schon angesprochen. Die Regierung von Mittelfranken mit ihrem letzten Forderungspapier. Also es gab ja jetzt auch noch mal eine Klarstellung. Es soll sich jetzt, die Einsparungen sollen sich aufbauen. Aber im Jahr 2029 will die Regierung von Mittelfranken zusätzlich zu den Einsparungen, die jetzt schon dieser Stadtrat beschlossen hat, jährlich 29 Millionen Euro in der laufenden Verwaltungstätigkeit einsparen. Ich wüsste nicht, wie das geht ohne einen massiven sozialen Kahlschlag. Aber ehrlicherweise wüsste ich auch nicht, wie es geht mit einem massiven sozialen Kahlschlag. Ich halte das einfach für Forderungen, die mit der mit der der Realität ein Stück weit entrückt sind. Ich glaube, das ist, also Sie müssen sich auch sehr genau überlegen jetzt nicht unbedingt, weil dann immer fünf Linke meckern. Also das glaube ich, halten sie noch einigermaßen aus. Aber ich glaube, es gibt große Teile der Bevölkerung, die bei denen signifikante Einschnitte in das soziale Zusammenleben dieser Stadt auch auf massiven Widerstand stoßen werden. Und ich kann nur sagen, es gibt kommunal auch immer Möglichkeiten der direkten Demokratie und es wäre auch denkbar, dass die genutzt werden. Diese Stadt hat

ja eine reiche Tradition davon. Ansonsten eine gute Nachricht für unsere Kolleginnen und Kollegen hier. Wir haben ja regelmäßig eine Veränderung bei der Gewinnbesteuerung Erlanger Unternehmen beantragt. Und wenn ich mir so anschau, wer das abgelehnt hat, alle anderen, dann sind die auch mit breiter Mehrheit wiedergewählt worden: alle anderen. Aber wir sehen es für uns eigentlich auch ganz schön: Zumindest drei, die es abgelehnt haben, sind in Summe jetzt nicht mehr in diesem Stadtrat. Drei Befürworter sind dazugekommen. Für uns stimmt also die Richtung. Ich habe nicht ausgerechnet, wie viele Kommunalwahlen es in dieser Richtung noch bräuchte, aber es wäre noch ein paar. Also für Sie Entwarnung. Aber vielleicht machen Sie sich ja trotzdem mal Gedanken. Eine Sache muss ich aber auch mal sagen, also dass in diesem Koalitionsvertrag noch eine Absenkung der Gewerbesteuer in der jetzigen Situation angedacht wird und dann mit einer Begründung, also das ist wirklich feinsten Neoliberalismus, diese Begründung. Und ich dachte eigentlich, dass die gesellschaftliche Debatte da seit den 90ern ein bisschen weiter gekommen ist. Oder 80er. Ehrlicherweise war ich bei beidem nicht dabei. Ich will jetzt aber. Da steht ja Grundsatzklärung in der Überschrift. Deswegen sage ich jetzt noch mal was ganz Grundsätzliches. Wir gehen jetzt nämlich noch mal in der Zeit noch weiter zurück, wo ich nicht dabei war, aber ich glaube, niemand hier dabei war. 1919 erzielte die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, also eine sozialistisch orientierte Partei, bei den Erlanger Stadtratswahlen über 10 % und errang drei von damals 30 Mandaten. Das war damals ein hervorragendes Wahlergebnis unserer Vor-, Vor-, Vor-, Vorläuferpartei USPD. Seitdem ist es für eine sozialistisch orientierte Partei nicht mehr gelungen, ein so gutes Wahlergebnis zu bekommen. Also seit 1919 haben wir ja, das ist immer die Frage, wie man die SPD in der Historie einschätzt. Das können wir ja mal bei einem Geschichtsseminar vertiefen. Aber zumindest links der SPD gab es seitdem nie so gute Wahlergebnisse. Das freut uns natürlich sehr. Aber das ist natürlich auch Auftrag und Verantwortung, wenn man mit einem solchen Vertrauen ausgestattet ist. Wir glauben, linke Parteien müssen immer einen Gebrauchswert für die Bürgerinnen und Bürger bieten, weil ganz ehrlich, von diesen Reden, die wir hier alle halten, das gilt für meine Reden genauso wie Ihre, davon kann man sich nur begrenzt etwas kaufen als Bürger. Es ist natürlich der Punkt: Wir werden gewählt, um Interessenvertretung in diesem Stadtrat zu machen, als Richtschnur die Interessen der Arbeitenden und Armen. Das machen wir auch. Aber der Versuch - und deswegen dachte ich mir, ich sage das mal bei den Grundsätzen - der Versuch unserer Politik: Wir stehen natürlich in vielen Fragen für andere politische Inhalte als Sie. Aber wir unternehmen zumindest den Versuch, die Politik auch auf eine andere Art und Weise zu machen. Sie wissen das, weil ich es Ihnen hier im Stadtrat oft genug erzähle und weil wir die Stadt damit ja auch belästigen per Plakat. Sie wissen, wir führen immer, auch außerhalb der Wahlkämpfe regelmäßig Sozialsprechstunden durch. Durch die mehreren Mandate konnten wir das jetzt auch noch mal ausweiten. Mir geht es aber gar nicht um die selbst. Wir können da manchmal konkret helfen, hoffentlich häufiger als weniger häufig. Aber wir erfahren dort auch, welche Probleme in dieser Stadt sind. Und wir haben dadurch einen ganz anderen Zugang zu den Problemen der Menschen durch diese massenhaften Gespräche am konkreten Problem und versuchen dann, diese Anliegen hier in

den Stadtrat zu bringen. Wir haben ja auch plakatiert: Helfen statt reden. Für uns wird das weiterhin die Richtschnur unseres politischen Handelns sein. Wir werden es jetzt mal versuchen, auf die Art und Weise dem Vertrauen der Erlangerinnen und Erlanger, die uns gewählt haben, gerecht zu werden und vielleicht mehr Vertrauen zu gewinnen. Wir werden es sehen. Das Schöne an Wahlen ist, dass sie sich alle paar Jahre wiederholen und wir dann alle ein Zeugnis bekommen werden für die Arbeit, die wir in den nächsten sechs Jahren machen.

Ich freue mich darauf und sage vielen Dank.